



Vereinte Nationen und Stadtentwicklung



In Nord- und Lateinamerika sowie in Europa leben ca. 75–80 % der Menschen in Städten, während Afrika mit unter 40 % Stadtbewohnern überwiegend ländlich geprägt ist. Gegenwärtig holt der afrikanische Erdteil jedoch auf und beheimatet einige der am stärksten wachsenden Städte. Der asiatische Kontinent liegt mit einem Urbanisierungsgrad von ca. 52 % in der Mitte. Aufgrund der hohen Bevölkerungszahl ist die Stadtentwicklung Asiens, besonders in Indien und in China, von großer Bedeutung für die Weltwirtschaft und für Umweltfragen. Denn über die Hälfte der weltweiten Stadtbewohner lebt in Asien.

Schätzungen zufolge wird 96 % des globalen demographischen Wachstums der nächsten 35 Jahre in den Städten von Entwicklungsländern (überwiegend in Asien und Afrika) erfolgen, wobei kleinere Städte die höchsten Wachstumsraten aufweisen werden. In den kommenden 20 Jahren wird die weltweite Stadtbevölkerung um 36 % ansteigen, die Landbevölkerung indes um

Während in der Vergangenheit die Menschheitsgeschichte vom ländlichen Leben geprägt war, lebt inzwischen über die Hälfte der Menschen weltweit in Städten. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts werden 85 % der Weltbevölkerung, circa 9 Milliarden Menschen, in Städten leben.

90 % des weltweiten Städtewachstums wird in Entwicklungsländern, vor allem in Asien und Afrika stattfinden. Eine gut geplante und nachhaltig gestaltete Urbanisierung bietet Chancen für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Inklusion und eine Abmilderung ökologischer Folgen. Das alles sind wichtige Aufgaben für die Vereinten Nationen. Dabei werden die UN-Mitgliedsstaaten vor allem vom Stadtentwicklungsprogramm UN-Habitat unterstützt.

1 % schrumpfen. Hochrechnungen zufolge wird sich der Anteil der Stadtbevölkerung im Zeitraum von 2014–2050 allein in China (+ 292 Mio.), Indien (+ 404 Mio.) und Nigeria (+ 212 Mio.) um knapp 1 Milliarde Menschen erhöhen.

In Entwicklungsländern findet Stadtentwicklung unter anderen Bedingungen als

in Industrieländern statt. Während in den Industriestaaten der Zuzug in die Städte mit der Nachfrage nach Arbeitskräften einherging und mit sozialer und ökonomischer Inklusion verbunden war, ist der

Rio de Janeiro, Brasilien – Megastädte ziehen immer mehr Personen an. Foto: UN-Habitat





HISTORISCHER ABRISS ZUR ENTWICKLUNG VON STÄDTEN

Die ersten Städte entstanden vor mehr als 8.000 Jahren. Die Etablierung des Ackerbaus schuf die Grundlage einer arbeitsteiligen Gesellschaft; Nahrungsproduktion über die eigenen Bedürfnisse hinaus bildete die Basis für Bevölkerungswachstum und ermöglichte die Versorgung einer Stadtbevölkerung. Es waren jedoch noch weitere Entwicklungen notwendig, um die Gründung der ersten Städte zu anzustoßen, etwa Techniken der Vorratshaltung (am Wichtigsten ist hier die Keramik) und Erfindungen für den Transport von Nahrungsmitteln in die Städte sowie Fragen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Die neue Art des Zusammenlebens erforderte neue Regierungsmodelle und Verwaltungsformen, bevor die ersten Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern in der sumerischen Kultur in Mesopotamien ca. 6000 v. Chr. entstehen konnten. Sie waren meist Tempel-, Burg- oder Palaststädte. Die ersten „Großstädte“ waren vermutlich Theben (1500 v. Chr.) und Babylon (600 v. Chr.) sowie Rom (100 v. Chr.).

In der Zeit zwischen dem Jahr 100 n. Chr. und dem Mittelalter existierte eine Vielzahl kleinerer Städte, von denen allerdings lange Zeit keine die Größe Roms zu seiner Blütezeit erreichte. Weltweit gründeten sich urbane Gefüge; meist entlang wichtiger Handelsrouten, an religiösen Stätten, als Ort der Machtkonzentration oder aufgrund günstiger naturräumlicher Bedingungen.

Durch die Industrialisierung im 18. Jahrhundert erfuhren viele Städte in Westeuropa, Nordamerika und Japan ein Wachstum von bislang unbekannter Geschwindigkeit und Ausmaß. Angelockt durch die Hoffnung auf ein besseres Leben, zogen viele Menschen während der industriellen Revolution in die Städte, um einen Arbeitsplatz in den Fabriken zu finden. Negative Effekte der Urbanisierung zeugen dabei erstmals von der Notwendigkeit stadtplanerischer Prozesse.

In den Entwicklungsländern setzte die Urbanisierung erst später ein und ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Gezielte Stadtneugründungen in Lateinamerika oder die kolonialistisch geprägte Stadtplanung im afrikanischen und asiatischen Raum zeugen hierbei von einem anderen Verlauf als in den Industrieländern. So unterschieden sich die Wohnbezirke der Europäer und der einheimischen Bevölkerung wie folgt voneinander: Während der europäische Teil infrastrukturell erschlossen war, viele Freiflächen und geplante Strukturen aufwies, zeichneten sich die einheimischen Wohngebiete durch eine dichte Bebauung und eine unzureichende Infrastruktur aus. Viele der heutigen Slums, deren Bildung in den 60ern und 70ern einsetzte, befinden sich auf diesen Territorien.



Medellín, Kolumbien, experimentiert mit innovativen Lösungen wie zum Beispiel Rolltreppen und Seilbahnen, um den öffentlichen Nahverkehr in schwer zugängliche Slums zu ermöglichen. Foto: UN-Habitat

Zusammenhang zwischen Verstädterung und Einkommensentwicklung in vielen Entwicklungsländern weniger direkt. Darüber hinaus erfolgt die Urbanisierung hier mit einem höheren Tempo und in gewaltigem Ausmaß, was zu Problemen bei der Bereitstellung von Wohnraum, Ver- und Entsorgungsinfrastruktur sowie Arbeitsplätzen führt. Bisher war bekannt, dass wirtschaftliche Entwicklung mit Urbanisierung einhergeht. In einigen Entwicklungsländern wie beispielsweise dem Senegal findet allerdings eine zunehmende Verstädterung ohne nennenswerte Einkommensentwicklung statt. Da das Wachstum der Städte in Afrika weitestgehend ohne eine gleichzeitige Industrialisierung erfolgt, ist die Bereitstellung von Arbeitsplätzen eine besondere Herausforderung. Die Folgen dieser Entwicklungen sind: ein ausufernder informeller Sektor, der in Afrika, Asien und Teilen Lateinamerikas ca. 70 % beträgt, die soziale Exklusion breiter Bevölkerungsschichten und ein täglicher Überlebenskampf in den Slums außerhalb staatlicher Planung und Kontrolle.

Die Hälfte aller Stadtbewohner lebt in kleineren Städten mit unter 500.000 Einwohnern. Viele der am schnellsten wachsenden Ansiedlungen sind solche kleineren Städte. Diese sind oft ein wichtiger Dienstleistungs- und Markttort für die Menschen in den umliegenden ländlichen Gebieten.

MEGASTÄDTE

Parallel zum Wachstum der Städte mit unter 500.000 Einwohnern entwickeln sich Megastädte. Während es 1950 erst zwei Städte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern gab (New York und Tokio), existieren heute 28 derartiger urbaner Agglomerationen; jeder achte Stadtbewohner lebt in einer solchen Stadt. Tokio ist die zurzeit größte Metropolregion mit 38 Millionen Einwohnern, gefolgt von Delhi mit 25 Millionen Einwohnern. 2030 wird es voraussichtlich 41 Megastädte geben, die Mehrheit davon in Entwicklungsländern. Metropolregionen und Megastädte weisen neben einer starken sozialen Polarisierung besondere

Regierungs- und Koordinationsherausforderungen auf, da sich das Stadtgebiet über mehrere Gebietskörperschaften erstreckt und die schiere Bevölkerungsanzahl besonders effiziente Lösungen für Mobilität und Versorgung erfordert. Bereits in den Industrieländern ist die Regierbarkeit einer Megastadt aufgrund ihrer Komplexität, Fragmentierung und Dynamik mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. In den Entwicklungsländern behindern schwache Institutionen, fehlende Investitionen und eine unbeständige Lokalpolitik zusätzlich ein effizientes Verwalten knapper Ressourcen.

SCHRUMPFENDE STÄDTE

In Europa und in weiteren OECD-Ländern gibt es einen gegensätzlichen Trend zum weltweiten Städtewachstum: eine allgemein schrumpfende Bevölkerung und damit schrumpfende Städte. Diese resultieren nicht nur aus niedrigen Geburtenraten, sondern vor allem aus der Abwanderung von jungen Arbeitskräften, wobei Frauen

tendenziell eher als Männer kleine und schrumpfende Städte verlassen. Oft kämpfen solche Städte mit Überalterung und dem Wegfall von Arbeitsplätzen. Die Stadtverwaltungen müssen mit sich verringernden Ressourcen zurechtkommen und gleichzeitig für die erhöhten Bedürfnisse älterer Menschen aufkommen. Dies ist besonders problematisch in Städten mit überdimensionierter Infrastruktur und wuchernden Vororten, da alte Menschen weniger mobil sind und es für Städte teuer ist, ausgedehnte Infrastrukturen zu warten.

IMMER MEHR MENSCHEN GEHEN IN DIE STADT

Bis zum Ende des 21. Jahrhunderts wird die Stadtentwicklung voraussichtlich weitgehend vollendet sein. Schätzungsweise 9 Milliarden Menschen bzw. 85 % der Weltbevölkerung werden zu diesem Zeitpunkt in Städten, Megastädten und anderen urbanen Agglomerationen wohnen.

VON DER POLIS ZUR METROPOLE oder „WAS MACHT EINE STADT AUS?“

Da sich Städte im Laufe der Zeit gewandelt haben, wurde auch immer wieder neu definiert, was eine Stadt ausmacht. Im Mittelalter wurde der Begriff „Stadt“ für eine Ansiedlung verwendet, die Funktionen für ihr Hinterland übernahm, als politisches Zentrum und Ort der Machtausübung (weltlich wie kirchlich) fungierte und wirtschaftliche Mechanismen wie den Austausch von Gütern und Lager bereitstellte. Einige Städte verfügten darüber hinaus über bestimmte Rechte wie das Münzrecht, Steuerrecht oder eine Gerichtsbarkeit und einen offiziellen Titel.

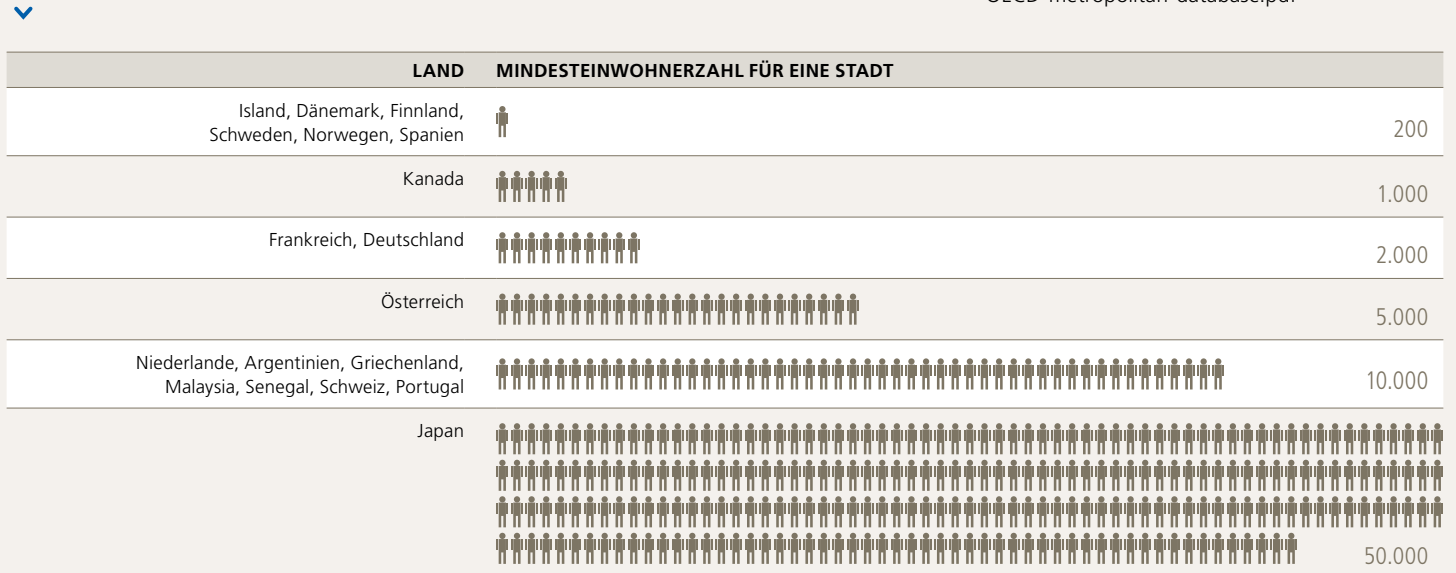
Mit der Industrialisierung veränderten sich Städte derart rasant, dass Louis Wirth eine Stadt als „eine relativ große, dicht besiedelte und dauerhafte Niederlassung gesellschaftlich heterogener Individuen“ definierte. Nur wenige mittelalterliche Städte würden dieser Definition standhalten.

Heute werden für die Definition der Stadt folgende Kriterien herangezogen: Größe und Einwohnerzahl, geschlossene Siedlung (Bebauungs-, Wohn-, Arbeitsplatz- und Bevölkerungsdichte), funktionale Differenzierung, sozialräumliche

Gliederung (soziale und ethnische Differenzierung), Vorherrschen städtischer Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsformen, Zentralität und Bedeutungsüberschuss.

Die OECD und die Europäische Kommission haben 2013 eine international gültige Definition für Städte erarbeitet, zu der weltweit Daten erhoben werden können. Basierend auf der Einwohnerzahl, -dichte und wirtschaftlicher Funktion bestimmt diese einen Stadtkern und bezieht auch das Hinterland beruhend auf Pendlerzahlen mit ein.

Die Vereinten Nationen haben keine eigene Definition, sondern richten sich nach der jeweils durch die Mitgliedsstaaten festgelegte Mindesteinwohnerzahl. Diese unterscheiden sich zum Teil deutlich:



Quelle: <http://www.oecd.org/gov/regional-policy/Definition-of-Functional-Urban-Areas-for-the-OECD-metropolitan-database.pdf>



▲
Kibera ist einer der größten Slums Kenias.
Foto: UN-Habitat

Menschen ziehen vor allem in Städte, um Arbeit zu finden und um die Ausbildungschancen für sich oder ihre Kinder zu verbessern. Andere fliehen vor Hunger oder bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Rationalisierung der Landwirtschaft, das Bevölkerungswachstum, Bodenerosion und Wüstenbildung nehmen vielen Kleinbauern die Lebensgrundlage und treiben sie in die Städte. Das Wachstum der Städte hemmt in vielen Fällen die wirtschaftliche Entwicklung der übrigen Landesteile und fördert weitere Migration in die Stadt. Heute ist das Wachstum der Städte im Durchschnitt zu gleichen Teilen auf Land-Stadt-Wanderung und demographisches Wachstum zurückzuführen.

WARUM STADTPLANUNG SO WICHTIG IST

Eine gut geplante und nachhaltig gestaltete Urbanisierung bietet Chancen für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Inklusion und eine Abmilderung ökologischer Folgen. Die Bevölkerungsdichte in Städten ermöglicht Rationalisierungseffekte (Agglomerationseffekte) und dadurch eine leistungstärkere Daseinsvorsorge wie zum Beispiel Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Verkehr. Städte fördern Innovation und produzieren weltweit drei Viertel des Bruttosozialprodukts. Das Wachstum einer Volkswirtschaft geht in vielen Fällen von städtischen Zentren aus. Sie konzentrieren Kapital, Macht, Wissen, Kultur und Menschen und dienen seit jeher als Laboratorien neuester Entwicklungen

URBANE RÄUME

Urbane Räume wandeln sich als Spiegelbild ökonomischer, politischer, sozialer, ökologischer und kultureller Veränderungen. Heute werden Städte zunehmend zu Bühnen und Schaufenstern ausgestaltet: Sie dienen als Räume der Repräsentation im internationalen Städtewettbewerb (z. B. durch Symbolarchitektur), zur Demonstration des Lebensstils ihrer Bewohner und als Setting der Globalisierung. Eine Besonderheit urbaner Räume ist ihre Hybridität: Verschiedene Entwicklungen und Planungskulturen führen zu einem Nebeneinander bzw. einer Überlagerung von Strukturen und Funktionen aus unterschiedlichen Stadtentwicklungsphasen.

und Technologien. Städte offenbaren die Ambivalenz und Vielschichtigkeit der Globalisierung. Hier wird über die weitere Menschheits- und Umweltentwicklung mitentschieden.

Oft sind Städte sozial fortschrittlicher als ländliche Siedlungen und ermöglichen insbesondere Frauen mehr Teilhabe. So können sie in marktwirtschaftlich orientierten Städten Eigentum erwerben. Aber auch negative Aspekte wie den geringeren Standard an öffentlicher Sicherheit finden sich verstärkt in Städten.

Schnelles und vor allem ungeplantes Städtewachstum geht mit einer Vielzahl von Herausforderungen einher. Folge einer solchen Entwicklung ist u. a. die Herausbildung von Slums. Derzeit leben ca. eine Milliarde Menschen in Slums. Diese Zahl könnte sich in den nächsten 35 Jahren noch verdreifachen. In Afrika südlich der Sahara leben in vielen Städten bis zu 80 % der Einwohner in Slums, welche ein Ausdruck von Armut, Ausgrenzung und Politikversagen sind. Meist können schnellwachsende

WIE KANN MAN DIE LEBENSBEDINGUNGEN IN SLUMS VERBESSERN?

Nicht nur der prekäre Wohnraum, sondern auch die ständige Bedrohung, von den Behörden oder dem Vermieter vertrieben zu werden und mangelnder Zugang zu sauberem Trinkwasser, Toiletten, Abfallsorgung und Arbeitsplätzen sind große Probleme für Slumbewohner.

Diese wissen am besten, welche Maßnahmen ihr Viertel am dringendsten braucht und können oft auch selbst zur Verbesserung der Infrastruktur beitragen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Städte und Länder aus der Verantwortung entlassen sind – diese ignorieren die Slums oftmals, anstatt in deren Verbesserung zu investieren.

Häufig wird das begrenzte Budget der Städte bevorzugt in die reicheren als in die ärmeren Gegenden investiert; oft erscheinen Slums nicht einmal auf dem Stadtplan.

UN-Habitat arbeitet seit Jahrzehnten mit Städten und Slumbewohnern an der Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen. Seit 2008 setzt die Organisation das partizipative Slumverbesserungsprogramm um. Es beabsichtigt, Slums und deren Bedürfnisse durch die Städte und nationalen Regierungen anzuerkennen, diesen Gelder zuzusprechen und sie besser mit der restlichen Stadt zu verbinden. In 35 Ländern Afrikas,

der Karibik und im Pazifik analysieren Städte mit Hilfe von UN-Habitat die Situation der Slums und diskutieren mit den Anwohnern, welche Investitionen am dringendsten getätigt werden müssen. Dazu wird eine strukturierte Zusammenarbeit aller beteiligter Akteure angeregt, die gemeinsam eine neue politische Zielsetzung erarbeiten sollen. Das Programm finanziert kleine Pilotprojekte in den Slums, um eine sichtbare Verbesserung der Lebensbedingungen ermöglichen zu können. Langfristig sollen größere Projekte von den Städten selbst, von Entwicklungsbanken und dem Privatsektor finanziert werden.



Städte mit dem Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur (Trinkwasser, Verkehr, Entsorgung, Energie, Gesundheit, Bildung) nicht Schritt halten. Unkontrolliertes Wachstum führt ferner zu einer höheren Anfälligkeit in Bezug auf ökologische Risiken. Weitere gravierende Probleme sind die Wohnraumversorgung und die soziale Fragmentierung. Insbesondere die Marginalisierung breiter Bevölkerungsschichten stellt für die meisten Stadtverwaltungen ein bisher ungelöstes Problem dar. Die meisten Stadtbewohner in Entwicklungsländern haben keinen Zugang zu Wohnungen, Dienstleistungen und Arbeitsplätzen im formellen Sektor und müssen daher Wohnraum und Arbeitsplätze im informellen Sektor finden, wo sie jedoch wenige Rechte einfordern können und über keine staatliche soziale Sicherung verfügen. Auch Industriestaaten müssen sich mit Fragen der Regierbarkeit großer Städte befassen. Angesichts wachsender Dynamik, Fragmentierung und Komplexität stehen Stadtverwaltungen immer wieder vor der Herausforderung, im Sinne von *good urban governance* möglichst vielen Menschen die Chance auf breite Teilhabe zu gewähren.

Die Siedlungsdichte in Städten geht gleichermaßen in den Industriestaaten wie in den Entwicklungsländern zurück. Diese Zersiedelung schafft langfristig Probleme der Nachhaltigkeit, da mehr Umland bebaut wird und dadurch Ackerland verschwindet, sich die Wege in den Städten

verlängern und gleichzeitig die Abhängigkeit von Personenwagen wächst.

Stadtplanung ist besonders in schnell wachsenden Städten eine Kernaufgabe der Kommunen; ihnen fehlen jedoch oft die Kompetenzen oder die Durchsetzungsmittel sowie die finanziellen Möglichkeiten. Die Planung der Verkehrsachsen schreibt meist für Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte die Form einer Stadt fest und hat, gemeinsam mit der baulichen Struktur, einen wichtigen Einfluss auf deren Effizienz und Nachhaltigkeit. Die Bereitstellung von öffentlichem Raum inklusive Straßen ist ein wichtiger Faktor für das langfristige Funktionieren einer Stadt, da dieser neben Mobilität und Warentransport auch soziale Interaktion und Wirtschaftstätigkeit ermöglicht. Während in den OECD-Ländern oft 30–40 % der Stadtfläche dem öffentlichen Raum vorbehalten ist (für Straßen, Plätze, Grünflächen, Märkte, öffentliche Gebäude und Sportanlagen, Strände etc.), ist dieser Anteil in Entwicklungsländern oft um ein Vielfaches geringer und liegt in etwa bei 10–15 % (UN-Habitat 2013).

MEILENSTEINE DER STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Die Industrieländer erkannten anhand der negativen Entwicklungen während der Industrialisierung (mangelnde Hygiene, soziale Missstände usw.) früh die Bedeutung

↑
Kisumu, Kenia – Städte fungieren als Marktplätze für das Umland. Foto: UN-Habitat

einer guten Stadtplanung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität der Stadtbewohner; allerdings galt aus der Sicht der Industrieländer diese Priorität nicht für Entwicklungsländer. So konzentrierte sich die Entwicklungshilfe und -politik lange Zeit fast ausschließlich auf ländliche Räume. Diese Unterteilung in städtische und ländliche Räume lässt sich bis in die Kolonialzeit zurückverfolgen, in der Kolonialmächte Städte vor allem als Siedlungen der privilegierten Kolonialherren und als Machtzentren ansahen und nicht als Motoren wirtschaftlicher Entwicklung.

Auch bei den Millenniumsentwicklungszielen aus dem Jahr 2000 lag der Fokus auf der ländlichen Entwicklung. Städte erwähnte die Agenda nicht, sondern strebte lediglich eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Slums an (Parnell 2015).

In den 1960er und 1970er Jahren gab es noch immer keinen internationalen Konsens zu Stadtentwicklungsfragen in Entwicklungsländern. Die Weltbank allerdings entdeckte Städte als potentielle Kunden, die sich Geld für Infrastrukturprojekte liehen.

1976 trafen sich in Vancouver zum ersten Mal die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur sogenannten Habitat-Konferenz,



DER DREI-SÄULEN-ANSATZ VON UN-HABITAT

Wie können Staaten und Kommunen Herausforderungen der Urbanisierung nachhaltig und strategisch begegnen, statt nur einige negative Symptome ungeplanten Wachstums zu lindern? Wie müssen sie aufgestellt sein, um Städte-wachstum positiv zu gestalten? Um diese Frage zu beantworten, hat UN-Habitat einen „Drei-Säulen-Ansatz“ entwickelt. Städte müssen auf den folgenden drei Gebieten ansetzen:

Gesetze zur Gestaltung der Urbanisierung:

Sinnvolle Gesetze und Bestimmungen sind eine Grundvoraussetzung, um menschliche Siedlungen effektiv zu gestalten, zu managen und allen Bewohnern eine gerechte Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

Stadtplanung: Die Qualität der Stadtplanung und Stadtgestaltung hat zentralen Einfluss auf den Mehrwert, den eine Stadt durch öffentlichen Raum, Straßen und bebaubare Flächen bietet.

Kommunale Finanzen: Viele Kommunen leiden darunter, dass sie bedingt durch Unterfinanzierung gar keine Möglichkeiten haben, Veränderungen selbst in die Hand zu nehmen. Effiziente und transparente kommunale Finanzwesen sind deshalb zentral für Investitionen sowie den Erhalt und die Verwaltung einer Stadt. Kommunale Finanzen sollten eine Umverteilung der Gewinne vornehmen, die durch endogene Entwicklung erwirtschaftet werden.

um weltweite Herausforderungen der Städte zu erörtern und richtungsweisende Beschlüsse zu fassen. Seither findet die Habitat-Konferenz alle 20 Jahre statt.

Die erste Habitat-Konferenz zeichnete sich durch einen von der Weltbank geprägten Konsens aus (Parnell 2015). Nach und nach fanden aber auch Stimmen zu sozialer Nachhaltigkeit und zu den Umweltgefahren, denen die arme Bevölkerung ausgesetzt war, ebenso wie Fragen zur Wohnungsver-sorgung ihren Weg in die Debatte. Zudem galt die Beteiligung der Zivilgesellschaft und des Privatsektors als fortschrittlich. Als direkte Folge dieser Konferenz wurde 1978 das UN Center for Human Settlements (Zentrum für Siedlungswesen) mit Sitz in Nairobi gegründet.

1996 fand in Istanbul die zweite Habitat-Konferenz statt; als Abschlussdokument

wurde die sogenannte Habitat-Agenda verabschiedet. Diese enthält entgegen aller Erwartungen (aufgrund anfänglicher Opposition der USA) die Anerkennung des Rechtes auf angemessenen Wohnraum und erkennt Gebietskörperschaften als wichtige Akteure an. Allerdings lag der Fokus nach wie vor auf einzelnen Themen wie z. B. Wohnraum, Entwicklungsländer und städtische Armut (Parnell 2015). Für die Habitat-Agenda wurde kein Monitoring-Mechanismus geschaffen, sodass es sich hierbei lediglich um eine Absichtserklärung handelt.

Die Habitat II Konferenz setzte einen stärkeren Fokus auf die Städte innerhalb der Vereinten Nationen und stieß mehrere Dynamiken an, zum Beispiel die Organisation von Städten in einer internationalen Föderation (United Cities and Local Governments) und das Zusammenkommen der Akteure der Stadtentwicklung beim

◀ Der 1949 geborene Spanier Joan Clos leitet das Stadtentwicklungsprogramm UN-Habitat seit 2010. Foto: UN Photo

sogenannten World Urban Forum, das alle zwei Jahre stattfindet.

Die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele (engl. Sustainable Development Goals/SDGs), die von der internationalen Staatengemeinschaft für den Zeitraum 2015–2030 beschlossen wurden, enthalten erstmals ein eigenes Ziel zur Stadtentwicklung, das sowohl für Entwicklungsländer als auch für Industriestaaten gültig ist. Das Ziel 11 (*Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten*) beinhaltet des weiteren Unterziele zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Slums (wie bereits die Millenniumsziele), zur öffentlichen Grundversorgung in Städten mit Wohnraum, Nahverkehr, öffentlichem Raum, zur Katastrophenprävention in Städten und zur guten Siedlungsplanung.

Die dritte Habitat-Konferenz, welche im Oktober 2016 in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito stattfindet, soll vor allem die Umsetzungsmodalitäten des oben erwähnten Nachhaltigen Entwicklungsziels bestimmen und dabei helfen, eine globale Vision für die zukünftige Stadtentwicklung auszuarbeiten. Im Vorlauf der Konferenz wurde kontrovers diskutiert, welche Rolle die Kommunen bei der Mitentscheidung und Umsetzung dieser neuen Stadtagenda spielen sollen und dürfen. Auch die finanziellen Möglichkeiten von Kommunen sowie die finanziellen Erfordernisse der Stadtentwicklung im Allgemeinen waren Teil der Debatte. Habitat III ist der erste globale Gipfel der Vereinten Nationen nach den Beschlüssen zum Klimaschutz in Paris im Dezember 2015 und dem Beschluss zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen. Dementsprechend werden die Umsetzung der Klimaschutzziele durch klimafreundlichere Städte und die Erreichung der Entwicklungsziele durch eine gute Stadtplanung und -verwaltung eine zentrale Rolle spielen.

INSTITUTIONEN FÜR STADTENTWICKLUNGSFRAGEN

Die Stadtentwicklung betrifft nahezu alle Lebensbereiche, zu denen UN-Institutionen arbeiten, wie zum Beispiel Ernährungssicherung, Bildung, Handel, Migration, Bevölkerungsentwicklung und viele mehr. Die meisten UN-Institutionen sind sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum

tätig und behandeln Stadtentwicklung als Querschnittsthema.

Die Abteilung Bevölkerungsfragen der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA) des UN-Sekretariats erfasst und bearbeitet Daten zur Stadtentwicklung (*World Urbanization Prospects*) und erstellt Bevölkerungsschätzungen, die bis in das Jahr 2100 reichen. Die Abteilung versorgt einzelne Länder, Regionen sowie die internationale Gemeinschaft mit Daten und Analysen zur bisherigen und zukünftigen Stadtentwicklung, die alle zwei Jahre aktualisiert werden.

Auch die Weltbank stellt Daten zur weltweiten Stadtentwicklung zur Verfügung. Darüber hinaus hilft sie Städten in Entwicklungsländern seit Jahrzehnten, Infrastrukturprojekte zu finanzieren, und berät sie zu technischen Aspekten.

Neben den Vereinten Nationen arbeiten weitere internationale Organisationen zu Aspekten der Stadt- und Regionalentwicklung. So berät die OECD beispielsweise ihre Mitgliedsstaaten zu deren Stadtentwicklungspolitik und erstellt Berichte (die so genannten *Urban Policy Reviews*), in denen Stadtpolitiken analysiert und Handlungsvorschläge erstellt werden.

KERNAUFGABEN VON UN-HABITAT

Das Programm UN-Habitat (United Nations Human Settlements Programme) ist das Wohn- und Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen. 2001 wurde es durch die Resolution A/56/206 der UN-Generalversammlung zu einem eigenständigen Programm ernannt und ist damit die Nachfolgeorganisation des United Nations Centre for Human Settlements. Das Programm ist unter dem UN-Sekretariat angesiedelt und arbeitet eng mit dem Umweltprogramm



UNEP (United Nations Environment Programme) und dem Entwicklungsprogramm UNDP (United Nations Development Programme) zusammen. Das Mandat von UN-Habitat beinhaltet die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung im Bereich Wohn- und Siedlungswesen. Es wird erwartet, dass die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen bei der 3. Habitatkonferenz im Oktober 2016 über eine strategische Neuausrichtung von UN-Habitat entscheiden.

Die Finanzierung von UN-Habitat beruht fast ausschließlich auf freiwilligen Beiträgen und beträgt circa 200 Millionen Dollar jährlich; die meisten Gelder fließen in die Projektumsetzung. In den letzten Jahren waren die Europäische Kommission, Japan, Spanien, Norwegen, Schweden und Saudi Arabien die größten Geldgeber.

Neben der Beratung von Regierungen und Städten gehört die normsetzende Arbeit rund um das Thema Stadtentwicklung sowie Forschung und Datenerhebung zu den Arbeitsbereichen von UN-Habitat. Alle zwei

Harar, Äthiopien – die Wasserversorgung und -entsorgung ist eine der größten Herausforderungen der Städte. Foto: UN-Habitat

Jahre erscheint ein Weltstadtbericht; darüber hinaus veröffentlicht UN-Habitat regionale Berichte zur Stadtentwicklung. Inhaltlich arbeitet UN-Habitat zu Zugang und Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen (zum Beispiel Wasser, Mobilität, Energieversorgung), zu der Gesetzgebung für und in Städten, zur wirtschaftlichen Entwicklung der Städte, zum Wohnraum, zur Risikoverminderung und zum Wiederaufbau nach Naturkatastrophen oder Kriegen.

UN-Habitat ist ein eher kleines Programm der Vereinten Nationen, welches seinen Arbeitsschwerpunkt in Krisenländern wie zum Beispiel Afghanistan, Somalia und Sudan hat und kaum in OECD-Ländern tätig ist. Des Weiteren arbeitet es viel mit Städten am Wiederaufbau nach Naturkatastrophen, zum Beispiel in Pakistan und Haiti.

HABITAT: DIE NEUE STADTAGENDA / NEW URBAN AGENDA

„Die neue Stadtagenda“ ist der Name des Abschlussdokuments, das bei der Habitat III Konferenz in Quito im Oktober 2016 verabschiedet werden soll. Die Entstehung der „New Urban Agenda“ ist ein komplexer Prozess: Eineinhalb Jahre vor der Verabschiedung konnten alle Menschen weltweit Onlinekommentare abgeben, während ein Team von UN-Experten Thesepapiere erstellte (Issue Papers). Im Anschluss arbeiteten zahlreiche Gremien, die aus weltweit anerkannten Experten bestanden, Empfehlungspapiere (Policy Papers) zu verschiedenen

Themenbereichen der „New Urban Agenda“ aus. Parallel dazu fanden weltweit regionale und thematische Vorbereitungskonferenzen statt. Beispielsweise trafen sich im März 2016 in Prag knapp 4000 Experten, Vertreter aus nationalen und lokalen Regierungen sowie aus der Zivilgesellschaft, um gemeinsam europäische Positionen zu erarbeiten.

Aufgabe der „New Urban Agenda“ ist es, Maßnahmen von Regierungen, Kommunen, der Zivilgesellschaft und vielen anderen im Bereich der

Urbanisierung Tätigen zusammenzustellen und eine gemeinsame Vision zu entwerfen. Ihr Inhalt wird in vielen Ländern in die Gesetzgebung einfließen und somit das Leben der Menschen auf einen langen Zeitraum hin beeinflussen. Besonders bedeutsam ist die Frage, wie Kompetenzen zwischen nationalen und kommunalen Regierungen aufgeteilt werden und welche Maßnahmen Kommunen ergreifen sollten, um ihr Wachstum zu planen und so etwa die Herausbildung von Slums zu verhindern sowie allgemein die weltweit wachsende Ungleichheit in Städten zu verringern.



FAZIT UND AUSBLICK

Wachsende Städte sind eine der größten Herausforderungen der Gegenwart. Ein großer Teil der Stadtentwicklung wird in diesem Jahrhundert stattfinden und an seinem Ende fast vollständig abgeschlossen sein. Schnellwachsende Städte müssen heute über ihr zukünftiges Aussehen und

Funktionieren entscheiden, allerdings fehlt vor allem kleineren Städten in Entwicklungsländern die Kapazität, um umfassend und armenfreundlich zu planen, was derzeit zu einer wachsenden Slumbevölkerung führt. Auf der 3. Habitatkonferenz in Quito/Ecuador im Oktober 2016 entscheidet die Staatengemeinschaft über weltweite Leitbilder zur Stadtentwicklung der Zukunft. Gleichzeitig geht es dabei auch um



Ein Mitarbeiter von UN-Habitat erklärt in Bagh, Pakistan, eine Bautechnik, um erdbebensichere Häuser zu errichten. Bagh war 2005 von einem Erdbeben weitgehend zerstört worden. Foto: UN-Habitat

die weitere strategische Ausrichtung und Konsolidierung des UN-Programms für Stadtentwicklung, auf dessen Unterstützung viele Länder für ihre schnellwachsenden Städte zählen.

WEITERE INFORMATIONEN

Literaturhinweise

OECD (2015), The Metropolitan Century

Parnell, Susan (2015), Defining a Global Urban Development Agenda

UN DESA (2014), Revision of the World Urbanization Prospects

UN-Habitat (2016), Habitat III Regional Report on Housing and Urban Development for the UNECE Region

UN-Habitat (2013), Streets as Public Spaces and Drivers of Urban Prosperity

Diese Ausgabe der UN-Basis-Informationen erscheint auch online auf:
www.dgvn.de/un-basis-informationen

Themenportale der DGVN

menschliche-entwicklung-staerken.dgvn.de

klimawandel-bekaempfen.dgvn.de

frieden-sichern.dgvn.de

menschenrechte-durchsetzen.dgvn.de



Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27 | D-10969 Berlin
info@dgvn.de | www.dgvn.de
www.facebook.com/dgvn.e.V | twitter.com/dgvn_de

ISSN: 1614-5453 | Stand: Oktober 2016

Text: Annika Lenz mit Unterstützung von Tobias Kettner und Laura Wloka, UN-Habitat
Redaktion: Dr. Alfredo Märker, Jana Krieg, DGVN
Gestaltung: Cornelia Agel, sevenminds.de

Klimaneutral gedruckt auf 100%-Recycling-Papier
Gefördert durch das Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



**Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
braucht Sie als Mitglied.**



**Für Frieden.
Für Klimaschutz.
Für Menschenrechte.
Für menschliche Entwicklung.
Für mehr Wissen.**

www.dgvn.de/mitgliedschaft